

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 05 86 848 ppbn d

## Inhalt

Hans Koschnick, Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen, würdigt den Wahlsieg der SPD: Wähler-Vertrauen in die Solidarität. Seite 1

Dr. Katharina Focke MdEP, designierte Spitzenkandidatin der SPD für die Europa-Wahlen 1984, sieht in den Wahlergebnissen von Hessen und Bremen eine gute Grundlage für die Europa-Wahlen: Mobilisierend. Seite 3

Egon Lutz MdB, Obmann der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion, kommentiert Äußerungen aus dem Blüm-Ministerium zur Vorruhestandsregelung: Schnelldenker. Seite 4

### Dokumentation

Rede von Dr. Alfred Emmerlich MdB, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, bei der Eröffnung einer Ausstellung über den Widerstand gegen die Nazi-Diktatur: Die Erinnerung für heute und die Zukunft nutzen. Seite 6

38. Jahrgang / 185

27. September 1983

### Vertrauen in die Solidarität

Der Grund für den Bremer Wahlsieg liegt auf der Hand

Von Hans Koschnick  
Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen

Die Massenmedien haben den Erfolg der Sozialdemokraten in Bremen und Bremerhaven als eine Sensation empfunden und dargestellt. Auch viele Bremer zeigten sich völlig überrascht. Bei der Suche nach Erklärungen wurde die Wählerpsychologie oft strapaziert und gelegentlich auch überstrapaziert. Die Gründe für den großen Wahlsieg in Bremen liegen nämlich auf der Hand. Die SPD ist nach wie vor in breiten Schichten aus Tradition und Überzeugung am stärksten verankerte Partei und gerade in Krisenzeiten, wie sie Bremen im Augenblick durchlebt, wissen die Arbeitnehmer sehr genau, wem sie Vertrauen schenken können, wer für sie da ist, wer ihre Interessen trotz aller wirtschaftlichen Verwerfungen am nachdrücklichsten vertritt. Die Werftenkrise hat den Wahlkampf in Bremen überschattet. Der Niedergang des deutschen Schiffbaus, der immer noch Weltgeltung besitzt, hat sich seit langem angekündigt, aber in den letzten Wochen vor der Wahl hat sich die Situation in Bremen dramatisch zugespitzt. Der drohende Verlust von Tausenden von Arbeitsplätzen, bereits vorhandene, überproportionale Arbeitslosigkeit und damit der soziale Abstieg für viele Familien sind an der ganzen Küste zu befürchten. 37 Prozent der Neubau-Kapazitäten der deutschen Werften müssen angesichts der immer schwieriger werdenden internationalen Marktlage aufgegeben werden. Im Lande Bremen wird die Situation noch dadurch erschwert, daß sich hier weitere Problembranchen massiert vorfinden. Stahl, Hochseefischerei, Unterhaltungselektronik um nur die wichtigsten zu nennen.

Verlag:

Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

Herausgeber: Dr. Gernot  
mit wertvollen Beispielen  
Kreuzlinien-Papier



Vielen Meinungsmachern schien es unter diesen negativen Voraussetzungen völlig klar, daß die SPD ihre absolute Mehrheit verlieren müssen, zumal sich auch viele Beschäftigte der von der Schließung bedrohten Werft AG Weser öffentlich gegen die Werftenpolitik des Senats ausgesprochen hatten. Alle diese pessimistischen Propheten haben jedoch eine zu einfache Rechnung aufgemacht. Krise ist keineswegs gleichbedeutend mit Abwärtstrend für die SPD und Aufschwung für die CDU. Im Gegenteil. Wie die Wahlen in Hessen und Bremen beweisen, trauen die Wähler der SPD größere Kompetenz bei der Bewältigung der sozialen Folgen von wirtschaftlichen Krisen zu. Und dies ist offenbar auf eine Kurzformel gebracht, eine der wahlentscheidenden Überlegungen der Bürger in Hessen und Bremen gewesen.

Seit 38 Jahren regieren im Lande Bremen die Sozialdemokraten. Sie haben in dieser Zeit ein großes Vertrauenskapital angesammelt und sind sorgsam damit umgegangen. Sie haben ein offenes, auf Dialogbereitschaft gegründetes Verhältnis zu ihren Mitgliedern, Sympathisanten und Wählern entwickelt. Keine falschen Töne, keine Verschleierungen und Beschönigungen, sondern Ehrlichkeit, Ernsthaftigkeit und Sachlichkeit sind dafür die Voraussetzung.

Große Mehrheiten bedeuten auch große Verantwortung. Die Wähler im Lande Bremen erwarten viel von uns. Wir werden uns anstrengen, um diese Erwartung zu erfüllen, denn Wahlentscheidungen entscheiden zwar über Regierungsverantwortung, lösen aber keine wirtschaftlichen Probleme. Diese sind nur in gemeinsamer Aktion von Unternehmen und Beschäftigten, von Landes- und Bundesregierung anzugehen. Deshalb bleibt, was ich immer wieder in der Wahlauseinandersetzung gesagt habe: Die Zeiten werden härter, nicht leichter, aber gemeinsam müßten wir es schaffen.

(-/27.9.1983/bgy/rs)

+ + +



**Gestärkt für die Europa-Wahlen**  
-----

**Hessen und Bremen sind die erste Quittung für Kohl**

Von Dr. Katharina Focke MdEP

Designierte SPD-Spitzenkandidatin für die Europa-Wahlen 1984

Die Ergebnisse der Wahlen in Hessen und Bremen stärken die Argumente der Sozialdemokraten, die Europa-Wahlen 1984 ernstzunehmen. Diese Wahlen werden nämlich - nachdem es jetzt in zwei Bundesländern deutliche Hinweise auf die Entwicklung der Wählermeinung gegeben hat - die erste bundesweite Abstimmung über die Politik der falschen Versprechungen der Regierung Kohl sein.

Nachdem die Stimmbürger in Hessen und Bremen dem hohlen Pathos und den gefährlichen Auswirkungen der gegenwärtigen Bundesregierung die erste Quittung erteilt haben, werden wir Sozialdemokraten, nicht nachlassen, der Politik der Ellenbogen-Gesellschaft und Vermehrung der sozialen Ungerechtigkeiten unsere besseren Konzepte auf allen Ebenen entgegenzustellen.

Die Lösung vieler Probleme ist vor allem im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft zu suchen. Das gilt insbesondere für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Verbesserung des Umweltschutzes und die Verwirklichung der Rechte der Frauen.

(-/27.9.1983/bgy/ca)

+ . +



### Die Schnelldenker aus dem Hause Blüm

---

Wie dem Arbeitsministerium etwas in Sachen Vorruhestand dämmert

Von Egon Lutz MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion

Also, das muß man dem Arbeitsminister lassen: Wenn andere etwas vorgedacht haben und wenn das sichtlich in der Öffentlichkeit ankommt, dann entsteht bei ihm flugs der Gedanke, das sollte er vielleicht auch machen. Flugs, das heißt nach etwa zwei, drei Monaten. Die Denkübungen des Ministers in Sachen Vorruhestand mögen dafür ein Beispiel sein.

Man erinnert sich: Am 6. Juni 1983 legte die SPD-Bundestagsfraktion den Entwurf eines Vorruhestandsgesetzes vor. Für den 22. Juni beehrte sie den Beginn der parlamentarischen Beratung. Das wurde von der Koalition abgelehnt, erstens, weil es zu früh sei und zweitens, weil man selbst was ungeheuer Großartiges auf der Pfanne habe. Die Sommerpause ging ins Land. Nach Wiederaufnahme der Beratungen kam es zur ersten Lesung des Vorruhestands-Gesetzesentwurfs der SPD im Deutschen Bundestag. Die Regierung und die Koalitionsparteien nölten an der Vorlage herum, waren aber ganz offensichtlich mit ihren eigenen Überlegungen noch nicht zu Ende gekommen.

Daran hat sich bis heute nur eins geändert: Jetzt läßt der Arbeitsminister und sein Parlamentarischer Staatssekretär Vogt die staunende Öffentlichkeit wissen, daß in absehbarer Zukunft mit einer entsprechenden Regierungsvorlage zu rechnen sei. Spätestens zur Lohnrunde '84 liege das Gesetz vor. Sagt Herr Vogt. Das kann er aber nur schaffen, wenn er den SPD-Entwurf nimmt, die Autoren-Adresse des Arbeitsministers dranklebt und im Übrigen hofft, daß der Wirtschaftsminister durch die Bremen-Wahl so mitgenommen ist (und durch seine anderen zahlreichen Affären auch), daß er Widerspruch nicht anmeldet.

Vom Funk respektvoll gefragt, sagt Herr Vogt, wo es langgehen soll. Grundlage müßte eine tarifvertragliche Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften sein. (Selbiges sieht auch der SPD-Entwurf vor). Die Kosten für eine Vorruhestandsregelung müßten sich die Tarifvertragsparteien und der Staat teilen. (Im Prinzip entspricht das auch der SPD-Vorlage, nur ist da die Kostenteilung realistischer gerechnet. Weil die Entlastungseffekte für den Staat einfach höher sind, als sie sich in einem 50:50-Schlüssel ausdrücken). Als dann überwältigt Herrn Vogt der



naheliegende Gedanke, daß natürlich für jeden in den Vorruhestand tretenden Arbeitnehmer ein Stellensuchender nachrücken müßte. Daß das Arbeitsamt in Stichproben festzustellen hätte, ob dies tatsächlich so sei und daß Arbeitgeber plus Betriebsräte dem Arbeitsamt gegenüber die Wiederbesetzung der Stelle zu bestätigen hätten. (Wo hat er das nur her? Vermutlich aus dem SPD-Entwurf, denn genau das ist das Verfahren, das wir vorgeschlagen haben. Allerdings nicht nach Art der Stichprobe, sondern grundsätzlich).

Bleibt zu fragen, wie denn die Vorruhestandsregelung materiell ausgestaltet werden soll. Da bleiben die Herren aus dem Hause Blüm vage. Zu Zeiten, als sie sich noch selbst Gedanken machten, posaunten der Minister und seine Helfer eine Lösung in die Welt, die auf eine Vorruhestandsrente minus versicherungsmathematischen Abschlag hinauslief. Wir haben vorgerechnet, daß dies zwangsläufig Renten zur Folge habe, die beim Betroffenen gerade noch, bei der Witwe mit Sicherheit nicht mehr über der Sozialhilfeschwelle liegen würden. Und wir haben warnend hinzugefügt, daß sich die Tarifvertragsparteien ganz sicher nicht auf das Risiko einlassen würden, diese Vorruhestandsrenten bis zum seligen Ende des Beziehers aufzustocken. Jetzt hört man, daß ein versicherungsmathematischer Abschlag natürlich nicht möglich sei, daß aber auch der Vorruheständler sein Scherflain zu leisten habe und nun wartet man gespannt, wie das Haus Blüm zu Potte kommt.

Wir haben den Verdacht, daß Minister, Parlamentarische Staatssekretäre und Beamte noch einmal den SPD-Gesetzesentwurf lesen werden. Dabei werden sie eine akzeptable Lösung finden. Sie werden die Sätze etwas umstellen und dann wird der Herr Blüm kundtun, was ihm da wieder an Revolutionärem eingefallen ist. Es sind wahrhaftig gelehrige Gedanken-Wiederkäuer, die Herren aus dem Arbeitsministerium. Aber das soll uns Sozialdemokraten nicht weiter ärgern, wenn es der Idee des Vorruhestands dient.

(-/27.9.1983/ks/rs)

+ + +



DOKUMENTATION

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Alfred Emmerlich, hat dazu aufgerufen, die Erinnerung an die Nazi-Zeit und den Widerstand gegen das faschistische Regime zu pflegen und für die Bewältigung der heutigen Krisen-Probleme zu nutzen. Bei der Eröffnung der Ausstellung "Widerstand 1933 bis 1945 - Sozialdemokraten und Gewerkschaftler gegen Hitler", die von der Friedrich-Ebert-Stiftung besorgt wurde, wies der SPD-Politiker am 24. September in Berlin insbesondere warnend auf die zunehmenden Aktivitäten der Neonazis hin, die nicht unterschätzt werden dürften. Wir veröffentlichen Auszüge der Rede.

Die Erinnerung an den Widerstand für heutige Probleme nutzen

Diese Ausstellung soll und wird uns, was ich sehr wünsche, erneut mit alten, bohrenden und quälenden Fragen konfrontieren. Fragen, die wir hoffentlich in erster Linie an uns selbst richten. Fragen aber auch, die uns andere stellen werden, zum Beispiel die Jüngeren den Älteren. Diese Fragen zu provozieren - das hat nichts mit Selbstzerfleischung zu tun, schon gar nichts mit Selbstbesudelung. Diese Fragen ergeben sich für uns aus der Gewaltherrschaft der Nazis und ihren verheerenden Folgen für Millionen und Abermillionen von Einzelmenschen und für die Menschheit insgesamt geradezu zwangsläufig.

Geschichtslos ist, wer diese Fragen ignoriert oder ihnen ausweicht. Diese Fragen stellen und sie schonungslos und ehrlich beantworten heißt, sich das Vermächtnis der Opfer der Nazityrannie bewußt machen, als Voraussetzung dafür diesem Vermächtnis entsprechend zu handeln.

Gewiß, die Verbrechen der Nazityrannie waren und bleiben auf unabschbare Zeit für unser Volk eine fast erdrückende Belastung. Verständlich ist es, daß wir immer wieder versucht sind, vor diesen Verbrechen die Augen zu schließen, verständlich jedenfalls dann, wenn das geschieht aus Scham oder weil die Mitverantwortung unerträglich erscheint. Gleichwohl: unsere geschichtliche Verpflichtung besteht darin, alles Menschenmögliche zu tun, damit sich ein Rückfall in die Gewaltherrschaft des Nazismus oder in eine Gewaltherrschaft anderer Art bei uns nicht wiederholen kann.

Dieser historischen Verpflichtung können wir nur gerecht werden, wenn wir die Wurzeln des Nazismus und die Ursachen für seine Machtergreifung offenlegen. Ebenso die schrecklichen Folgen, die er über die Menschen und die Völker gebracht hat.

Es darf und es soll nicht verschwiegen werden, daß es in unserem Land auch Augen gibt, die vor dem nazistischen Verbrechen deshalb verschlossen werden, um sich der Mitverantwortung zu entziehen, sogar um den verbrecherischen Charakter des Nazismus verleugnen zu können. Als unser aller Schande empfinde ich es, wie unzulänglich denen entgegengetreten wird, die mit der sogenannten Auschwitz-Lüge hausieren gehen und dadurch dem Neonazismus den Boden bereiten wollen.

Unbagreiflich ist für mich, daß wir die Stätten, an denen die Opfer des Nazismus ihr grausames Martyrium erlitten haben, nicht als nationale Gedenkstätten ansehen, durch die die Erinnerung an den Naziterror wachgehalten, das Geschehen in den Lagern und das Wesen des NS-Staates erforscht und dokumentiert werden.

Als beschämend habe ich es empfunden, daß in meiner engeren Heimat junge Mitbürger uns darauf hinweisen mußten, daß an die Emslandlager der Nazis nichts mehr erinnert, als ein halbverfallener Massenfriedhof in der Nähe von Esterwegen. Als beschämend empfinde ich auch, auf welche Weise der Wunsch dieser jungen Bürger nach Errichtung eines Informations- und Dokumentationszentrums auf dem Gelände des Lagers Esterwegen und ihre Bereitschaft, ein solches Informations- und Dokumentationszentrum selbst aufzubauen und zu führen, zurückgewiesen worden ist.



Das und vieles andere geschieht bei uns, obwohl sich der Nazismus dreist anschickt, sich in unserem Land wieder einzunisten. Ein Neonazismus, der keineswegs ein solcher der wenigen übriggebliebenen und beinahe pathologisch unbelehrbaren Altnazis ist. Die Träger dieses Neonazismus, das sind mehr und mehr Rattenfänger einer neuen Nazi-generation umgeben von verblendeten und mit dem Nazigift infiltrierten jungen Gefolgsleuten.

Noch stellen diese neonazistischen Gruppen für unsere Demokratie keine konkrete Gefährdung dar. Aber vergessen wir nicht: Auch die Nazis waren bis in die späten 20er Jahre eine kaum zur Kenntnis genommene mehr als skurile Sekte, denn als politische Partei angesehene Gruppierung.

Und doch gelang es Hitler, im Laufe von nur wenigen Jahren an die Macht zu kommen, sein Terrorregime zu errichten und über große Teile Europas auszubreiten. Gewiß, das wäre ohne die damalige Weltwirtschaftskrise, ohne Massenarbeitslosigkeit und ihre für die breiten Volksschichten verheerenden Auswirkungen kaum möglich gewesen. Aber steht nicht auch unsere junge Demokratie vor, vielleicht sogar in einer ähnlich schweren Bewährungsprobe?

Um nicht mißverstanden zu werden. Ich gehöre nicht zu denen, die Bonn und Weimar mit leichter Hand gleichsetzen oder auch nur nebeneinanderstellen. Ich verkenne nicht, daß anders als nach dem Ersten Weltkrieg die Deutschen in ihrer großen Mehrheit sich vom Nazismus abgewandt und zur freiheitlichen Demokratie bekannt haben. Vor allem wahrscheinlich unter dem Eindruck der vernichtenden Niederlage, hoffentlich auch aus Einsicht in das zerstörerische und verbrecherische Wesen des Nazismus. Aufgebaut und getragen wurde unsere freiheitliche und demokratische Ordnung allerdings im wesentlichen von denen, die den Naziterror an eigenen Leib erlebt und aus diesem Erleben die Kraft und die Weitsicht zum Aufbau unseres demokratischen Staates gewonnen hatten. Von ihnen sind leider nur noch wenige unter uns.

Unsere Verfassung hat sich in den hinter uns liegenden 34 Jahren bewährt und als tragfähig erwiesen. Nicht zu übersehen ist allerdings, daß zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit erhebliche Lücken vorhanden sind. Lücken, die vor allem kritischen jungen Bürgern als so groß erscheinen, daß nicht wenige unter dem Eindruck stehen, die Verfassung und ihre hohen Werte seien für die Politiker nicht mehr als unverbindliche Postulate und würden im Konfliktfall nicht ernst genommen, sogar häufig mißachtet.

Wenn wir uns zum Beispiel selbstkritisch fragen, wie wir denn zu den ausländischen Mitbürgern, insbesondere den Türken, die wir in der Hochkonjunktur in unser Land geholt haben, jetzt in der Wirtschaftskrise stehen, wie wir mit ihnen umgehen und wie wir Asylbewerber behandeln, wir, das ist der einzelne Mitbürger, der in einem Haus zusammen mit türkischen Familien lebt, dessen Kind zusammen mit türkischen Kindern in derselben Schulklasse ist, der in einer Gaststätte oder in der Umkleidekabine einer Badeanstalt auf Türken oder andere Ausländer trifft, wir, das sind die Ausländer- und Asylbehörden sowie die übrigen Verwaltungen, die mit Ausländern zu tun haben, wir, das sind die Staatsanwälte und Richter, wir, das sind die Medien und wir, das sind nicht zuletzt wir Politiker, wenn wir uns also selbstkritisch prüfen, ob auch für Ausländer der 1. Artikel unseres Grundgesetzes gilt, nämlich daß die Würde des Menschen unantastbar ist, und daß sich das deutsche Volk zu den unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt bekennt, können wir dann mit gutem Gewissen angesichts dessen, wie wir uns tatsächlich verhalten, sagen, Artikel 1 wird in unserem Land auch für Türken und andere Ausländer aus fernen Ländern beachtet?

Die Menschenwürde, die Freiheit und die Demokratie müssen gerade dann, wenn die Zeiten sich wenden, Stürme toben, das Alte und das Neue gegeneinanderwogt, die Wellen uns



hin- und herwerfen und häufig über uns zusammenschlagen immer und immer wieder verteidigt und neu erkämpft werden. Sind wir dazu fähig und bereit? Oder sind wir Demokraten schon wieder - noch nicht 40 Jahre nach dem Ende des Hitlerismus und dem Zweiten Weltkrieg - zu satt, zu bequem, zu kurzfristig, zu sehr mit uns selbst und unseren kleinen und kleinlichen Makeln und Streitigkeiten beschäftigt?

Mehren sich nicht die Anzeichen dafür, daß die in der Demokratie notwendige und nützliche politische Auseinandersetzung wieder wie ein Krieg zur geistigen und moralischen Vernichtung politisch Andersdenkender geführt wird, daß politische Gegner sich wie unversöhnliche Feinde gegenüberstehen? Daß die politische Kultur nicht gepflegt wird, sondern verwildert und Zügellosigkeit in der Politik um sich greift?

In der Kaiserzeit sind Sozialdemokraten als vaterlandlose Gesellen, in der Weimarer Zeit als Novemberverbrecher geschmäht worden, wurde Friedrich Ebert mit dem Vorwurf des Landesverrates förmlich zu Tode gehetzt und das ließen andere Demokraten wenn nicht mit Zustimmung so doch mit einem uninteressierten Achselzucken geschehen. Nunmehr setzt ein Bundesminister diese Art der politischen Auseinandersetzung fort. Ich begrüße es, daß viele Journalisten diese Methode der persönlichen Verunglimpfung des politischen Gegners zurückgewiesen haben.

Die Erinnerung an die Schrecken der Nazibarbarei, die Erinnerung an die, die damals gegen den Ungeist des Nazismus aufgestanden sind und gekämpft haben für die Menschenrechte, für Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit, diese Erinnerung kann uns bei den vor uns liegenden Bewährungsproben helfen.

Deshalb wollen und müssen wir diese Erinnerung in uns und in unserem Volk wachhalten.

(-/27.9.1983/ks/rs)

+ + +

